

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

KURZMELDUNGEN

Jugend für Rassismus-Strafnorm

Bern (AP) 25 Jugendorganisationen und Jungparteien setzten sich für die Annahme der Strafnorm gegen die Rassendiskriminierung ein, über die am 25. September abgestimmt wird. Das Komitee «Jugend für das Antirassismogesetz» stellte sich am Montag in Bern vor und will mit verschiedenen Aktionen in den Abstimmungskampfen eingreifen. Seit der Abstimmung über das Stimm- und Wahlrechtalter 18 im Jahre 1991 hätten mehr als viele Jugendorganisationen am gleichen Strick gezogen, erklärte das Komitee. Die Jugendlichen aus Jungparteien, Gewerkschaften und kirchlichen Organisationen wollen in erster Linie die jungen Menschen in der Schweiz ansprechen und sie dazu bewegen, vom Stimmrecht Gebrauch zu machen und ein Ja für die Rassismus-Strafnorm in die Urne zu legen.

Kommission für Chemie-Waffenübereinkunft

Bern (AP) Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates hat sich einstimmig für die Ratifikation des Chemie-Waffenübereinkommens ausgesprochen. Mit sechs gegen fünf Stimmen entschied sich die Kommission, den Vollzug in einem Bundesgesetz zu regeln, wie die Parlamentsdienste am Montag mitteilten. Das Chemie-Waffenübereinkommen ist laut Botschaft des Bundesrates das erste umfassende und verifizierbare Abrüstungsabkommen, das eine ganze Kategorie von Massenvernichtungswaffen überprüfbar verbietet. Es verpflichtet die Vertragsstaaten, unter keinen Umständen chemische Waffen zu entwickeln, herzustellen oder zu erwerben.

Schnellabschaltung im Kernkraftwerk Beznau

Döttingen (AP) Der Block II des Kernkraftwerks Beznau in Döttingen (AG) ist am frühen Montag morgen nach einem Defekt in der Regelung des Dampferzeugerkreislaufs mit einer Schnellabschaltung ausser Betrieb gesetzt worden. Beim Wiederanfahren wurde zudem ein undichtes Ventil entdeckt, wie ein Sprecher der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) auf Anfrage sagte.

Die Messinstrumente zeigten fälschlicherweise einen verstärkten Durchfluss im Bereich des Dampferzeugerkreislaufs an, wie es weiter hiess. Die Sicherheitseinrichtungen hätten auf das Fehlsignal angesprochen und die automatische Reaktorabschaltung ausgelöst. Es habe weder Lecks gegeben, noch seien radioaktive Stoffe ausgetreten, versicherten die NOK.

98 Banken unter einem Dach

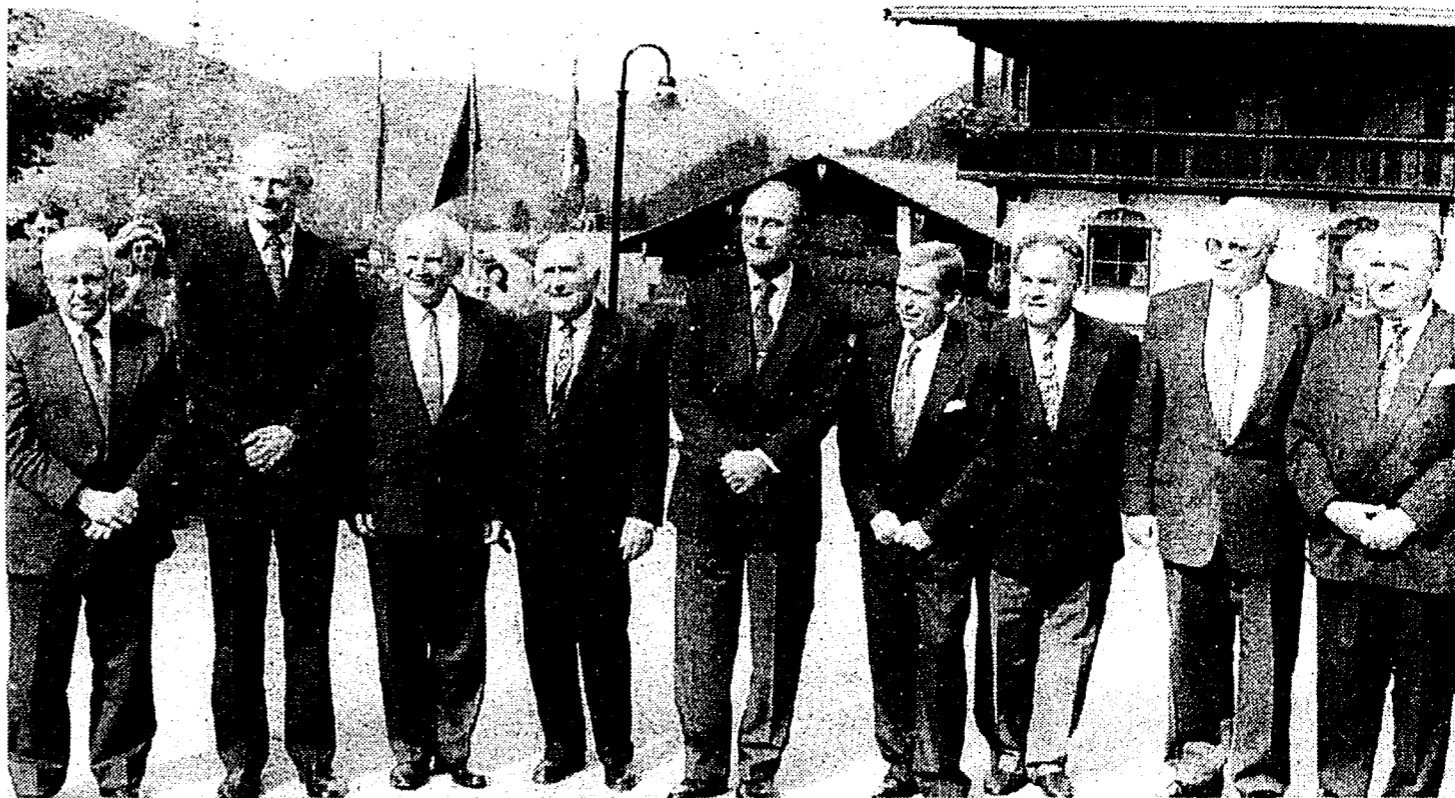
Bern (AP) Die neue Holding, die das Überleben der Schweizer Regionalbanken sichern soll, umfasst 98 Banken mit einer Bilanzsumme von 45,4 Milliarden Franken. Wie der Verband der Schweizer Regionalbanken am Montag bekanntgab, führen diese Banken zurzeit mehr als 370 Geschäftsstellen mit rund 2900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die 98 Gründungsmitglieder der Regionalbanken-Holding wiesen für 1993 zusammen 144 Millionen Franken Reingewinn aus. Das waren 20,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Ein Blick auf die Liste der 98 Banken zeigt, dass die Region Bern mit einem Anteil von 42,2 Prozent an der gesamten Bilanzsumme mit Abstand am stärksten vertreten ist.

Interesse Liechtensteins an Verwirklichung der Selbstbestimmung

Fürst Hans-Adam II. besprach sich am «Forum Alpbach» mit Bundespräsident Otto Stich und dem tschechischen Präsidenten Vaclav Havel

(G.M.) – Fragen der Weiterentwicklung der europäischen Integration sowie des Verhältnisses zwischen den west- und osteuropäischen Staaten standen im Mittelpunkt der Gespräche der Staatsoberhäupter, die sich auf Einladung des österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil in Alpbach (Tirol) getroffen haben. Fürst Hans-Adam II. besprach sich, wie er im Anschluss an die öffentliche Diskussion im «Forum Alpbach» erklärte, mit dem schweizerischen Bundespräsidenten Otto Stich über Fragen der Mehrwertsteuer und mit dem tschechischen Präsidenten Vaclav Havel über die Frage der Anerkennung Liechtensteins im Zusammenhang mit dem Entschädigungsproblem. Der Landesfürst kehrte gestern nachmittag nach seinem zweitägigen Aufenthalt in Innsbruck und Alpbach in Begleitung von Roland Marxer, dem Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, ins Land zurück.

«Dieses Treffen», hatte der österreichische Bundespräsident Thomas Klestil in seiner Begrüssungsansprache erklärt, «ist ein ganz ausserordentliches Zeichen der Freundschaft, die unser Land heute mit allen seinen Nachbarn verbindet – und ein ganz eindrückliches Bekenntnis zur europäischen Verbundenheit.» Noch vor wenigen Jahren wäre nach seiner Auffassung ein solches Treffen, das die Staatsoberhäupter aller Nachbarstaaten zusammenführte, un-



In Alpbach ging gestern das zweitägige Treffen der Staatsoberhäupter Österreichs und seiner acht Nachbarländer zu Ende. Zweiter von links Landesfürst Hans-Adam, der an diesem Treffen auch verschiedene bilaterale Gespräche führte. (Bild: AP)

denkbar gewesen. Die Diskussion im «Forum Alpbach» zeigte allerdings auf eindrückliche Weise, dass die Auswirkungen des Ost-West-Konfliktes noch nicht überwunden sind und es noch längere Zeit dauern wird, bis die Integrati-

on der osteuropäischen Staaten in das westeuropäische System verwirklicht ist.

Sicherheit und Solidarität

Als Gastgeber sprach sich der österreichische Bundespräsident Klestil für

transparentere Entscheidungsprozesse in Brüssel aus, um den Bürgern der Staaten die Möglichkeit zu geben, diese Entscheidungen nachzuvollziehen. Klestil plädierte für eine offene Gemeinschaft. (Fortsetzung auf Seite 2)

Ausbaggerung des Steger Stausees hat begonnen

Wanderer und Erholungssuchende müssen im Gebiet der Valüna mit Beeinträchtigungen rechnen



Die Liechtensteinischen Kraftwerke haben, wie bereits mehrfach angekündigt, nach den Sommerferien die Schleusen des Steger Stausees geöffnet. Bis zum 3. September wird das entleerte Gewässer bis zur ursprünglichen Sohle ausgebaggert; dabei werden rund 15 000 m³ Schlamm (s. unter Bild) abtransportiert und für eine Aufschüttung im Gebiet des Maisässes Valüna verwendet. Mehr darüber im Innern dieser Ausgabe. (Bild: Klaus Schädler)

Posttarife sollen 1995 nicht erhöht werden

Zürich (AP) Die Post will ihre Tarife im kommenden Jahr nicht erhöhen. Dies versicherte PTT-Generaldirektor Jean-Noel Rey in einem am Montag veröffentlichten Interview des Zürcher «Tages-Anzeigers». Dennoch glaubt der Vorsteher des Postdepartements, das Defizit der Post bis Ende 1996 eliminieren zu können. Für das laufende Jahr sagte Rey noch einen Fehlbetrag im Postbereich von gegen 100 Millionen Franken voraus. Der PTT-Generaldirektor bekräftigte, dass er nichts gegen eine Lockerung des Paketmonopols habe und bereit sei die Gewichtslimite für das Monopol von fünf auf zwei Kilogramm zu reduzieren. Entsprechende Schritte waren anfangs Jahr bereits von einer vom EVED eingesetzten Arbeitsgruppe angeregt worden. Rey gab weiter bekannt, dass die PTT gegenwärtig für den Expressdienst Verhandlungen mit General Delivery Worldwide führen, einem Gemeinschaftsunternehmen zwischen dem australischen TNT-Konzern und den Postverwaltungen von fünf Ländern. Im Zahlungsverkehr will Rey die «Elektronische Post» verwirklichen.

Erneut markanter Rückgang bei der Beschäftigung

Minus 3,4 Prozent im zweiten Quartal – Grosse regionale Unterschiede – Leichter Optimismus

Bern (AP) Trotz sinkender Arbeitslosenquote ist die Zahl der Beschäftigten in der Schweiz im zweiten Quartal 1994 um 3,4 Prozent zurückgegangen. Je nach Branche und Region präsentiert sich die Situation unterschiedlich. Für die nächsten Monate erwartet kein markante Verbesserung wird, wie das BFS am Montag mitteilte.

Die Zahl der Vollbeschäftigten betrug gemäss der vom Bundesamt für Statistik (BFS) erhobenen Beschäftigungsstatistik im zweiten Quartal des laufenden Jahres 2,631 Millionen. Gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres bedeutet dies einen Rückgang um 3,4 Prozent. Im ersten Quartal 1994 hatte der Rückgang noch lediglich 2,0 Prozent betragen.

Besonders deutlich war mit 4,3 Prozent der Rückgang der Beschäftigung in Industrie und Gewerbe. Um fast zehn Prozent betrug der Rückgang allein in der Papierindustrie, aber auch im Bereich Maschinen und Fahrzeuge (-8,6 %) sowie Elektro- und Elektronikindustrie (-7,8 %) lag der Rückgang weit über dem Durchschnitt.

Im Baugewerbe erwies sich die Situation mit einem Rückgang von bloss 1,4 Prozent als beinahe stabil; im Bauhauptgewerbe betrug der Rückgang sogar lediglich 0,9 Prozent. Der Dienstleistungssektor erlebte dagegen nach relativ günstigen ersten drei Monaten im zweiten Quartal mit einem Rückgang von 2,8 Prozent erneut einen Einbruch. Allein im Grosshandel betrug der Rückgang

acht Prozent, im Detailhandel fast drei Prozent. Dagegen gab es bei den Banken einen minimalen Zuwachs der Beschäftigung von 0,5 Prozent.

Nach wie vor sehr unterschiedlich entwickelt sich die Beschäftigungssituation in den verschiedenen Regionen. In der Westschweiz und im Tessin ist die Beschäftigungssituation laut BFS nach wie vor prekärer als in der Deutschschweiz. Prozentual besonders markant war der Beschäftigungsrückgang in den Kantonen Appenzell Ausserrhodens (-6,4 %), Wallis (-6,3 %) und Obwalden (-6,2 %). In fünf Kantonen wurde eine Zunahme der Beschäftigung registriert, am deutlichsten im Baselbiet (+5,0 %) und im Thurgau (+2,9 %).

Forderung nach mehr Transparenz

Bern (AP) In der Schweiz haben das GATT-Abkommen und die damit verbundenen Gesetzesänderungen zwar grundsätzlich weiter an Unterstützung gewonnen. In den am Montag veröffentlichten Vernehmlassungsantworten von FDP, SPS und Grünen wird aber der Bundesrat zu mehr Transparenz aufgefordert. Zudem werden verschiedene Bedenken angemeldet. Die Beteiligung am GATT abzulehnen, nur weil in der Landwirtschaftspolitik gewisse Anpassungen vorgenommen und der Markt für ausländische Dienstleistungen geöffnet werden müssten, wäre eine kurzfristige Politik, schreibt die FDP. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Vorgehensweise, für das GATT-Abkommen und alle zu ändernden Gesetze jeweils separat die Möglichkeit des fakultativen Referendums vorzusehen, sei richtig. Auf diese Weise könne verhindert werden, dass sich Widerstände gegen einzelne Bestimmungen kumulierten.